

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Steger, Lausch
und weiterer Abgeordneter

betreffend die Anrechnung von Beitragsmonaten für „freiwillig verlängerte GWD“ und ehemalige „Zeitsoldaten“

eingebraucht im Zuge der Debatte zu Tagesordnungspunkt 3: Sammelbericht des Ausschusses für Petitionen und Bürgerinitiativen über die Petitionen Nr. 63, 72, 74, 78, 85, 87, 89 und 91 sowie über die Bürgerinitiative Nr. 103 (1463 d.B.) in der 160. Sitzung des Nationalrats am 31. Jänner 2017

Aus der Sicht ehemaliger Zeitsoldaten und fvGWD ist es nach wie vor völlig inakzeptabel, dass in den Ausgleichsfonds der Pensionsversicherungsträger ATS 1,3 Mrd. (ca. €93 Mio) einbezahlt wurden und diese Gelder diesem Personenkreis nur in eingeschränkter Weise, nämlich mit einer Deckelung auf dreißig Monate, zugutekommen.

Nicht nur die FPÖ, sondern auch die GÖD und die FGÖ haben sich mehrfach für die Anrechnung der Beitragsmonate eingesetzt.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

Entschließungsantrag

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung insbesondere der Bundesminister für Soziales werden aufgefordert, dem Nationalrat eine Regierungsvorlage zuzuleiten, die die Deckelung der anzurechnenden Beitragsmonate für freiwillig verlängerte GWD bzw. Zeitsoldaten aufhebt.“

